

Auf Vorschlag von Heinrich Schulz wird beschlossen, an Stelle des ersten Absatzes von Antrag 210 den Antrag 218 zu setzen, wofür der letzte Absatz des Antrages 210 fällt.

Mit dieser Veränderung wird der Antrag 210 mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte, es mir nicht als Ueberrüß auszuliegen, wenn ich angesichts dieses fast einmütigen Votums des deutschen Parteitag für die deutsche Einheitsrepublik meine lebhafteste Freude zum Ausdruck bringe. (Lebhafter Beifall.)

Die Anträge 101, 110 und 113 werden durch diese Abstimmung für erledigt erklärt.

Von den Anträgen in bezug auf die Doppelmandate wird der Antrag 204 angenommen. Damit sind erledigt die Anträge 80, 47, 48, 49, 56, 57, 58, 59, 64, 71.

In bezug auf die Anträge zur Beamtenfrage wird der Antrag 267 (in dem es im Absatz 4 statt Reichs heißt) angenommen. Damit sind die Anträge 97, 107, 108 erledigt.

Zur Ernährungsfrage wird der Antrag 212 mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch sind die Anträge 72, 73, 79, 80, 95, 168, 169, 201 Abs. 6, 260 erledigt.

Antrag 248 wird mit der Ergänzung des Antrages 255, der als dritter Absatz anzufügen ist, angenommen.

Zur Sozialisierung wird der Antrag 251 mit dem Amendement Besche in absatzweiser Abstimmung angenommen. Damit sind die Anträge 89, 91, 164, 168 Abs. 1 bis 7, 187, 188 erledigt. Antrag 260, über den auf Wunsch Brellings besonders abgestimmt wird, wird abgelehnt.

Die Anträge zur sozialen Gesetzgebung werden der Fraktion überwiesen, es sind das die Anträge 83—88, 92, 98, 211, 222.

Angenommen werden die Anträge 94, 99, 100.

Antrag 228 wird angenommen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 247 Abs. 3, der wünscht, daß Preußen Groß-Thüringen keine Schwierigkeiten macht. (Die Abstimmung ist zweifelhaft. Unruhe.) Der Vorsitzende erklärt, daß der Antrag dem soeben ausgesprochenen Bekenntnis des Parteitags zur Einheitsrepublik nicht widerspreche, da er als Schritt auf dem Wege zum Einheitsstaat die Zusammenschließung der vielen kleinen Staaten in Thüringen wünscht. Eine erneute Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages mit großer Mehrheit. Die Annahme des Antrages 268 erfolgt einstimmig. (Bravo!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es folgen nun einige Anträge, die der Berichterstatter der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen sehen möchte. Dem entsprechend erfolgt Beschlußfassung über die Anträge 65 bis 67, 75 bis 77, 104, 105, 112, 114, 116, 118, 119, 166, 174, 179, 180, 187, 198, 200, 223 Abs. 1 bis 3, 224, 225, 226, 264, 265, 269. Antrag 94 wird dem Parteivorstand überwiesen. Ueber Antrag 265 wird eine nochmalige Abstimmung vorgenommen, da der Berichterstatter nachträglich seine Annahme wünscht. Der Antrag wird nunmehr einstimmig angenommen. Der Antrag 90 wird auf Wunsch des Berichterstatters der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen zur Durchberatung überwiesen.

Antrag 70 soll auf Wunsch des Referenten abgelehnt werden.

Angenommene dürfen nicht mitstimmen. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ebenso die Anträge 73, 98, 103, 111.

Eine Geschäftsordnungsdebatte entwickelt sich über die während der Abstimmung infolge des Druckes noch nicht fertig gewordenen und nachträglich verteilten Anträge 272 und 273. Da der Antragsteller einer Anregung von Hoch, die Anträge zurückzuziehen, nicht entspricht, stellt der Vorsitzende die Unterstufungsfrage. Die Unterstufung reicht nicht aus.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es ist dann der Antrag gestellt worden, die Rede des Genossen Biffell in Brochürenform herauszugeben. Der Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen, daß dann auch die Reden der Genossen Schmidt und David mit abgedruckt werden müßten oder besser wohl noch die ganze Debatte. Ich möchte den Genossen empfehlen, den Antrag mit der Begründung des Berichterstatters dem Parteivorstand zu überreichen.

Dreger-Lübed (zur Geschäftsordnung): Die Kalkalgerei zwischen den Mitarbeitern war ein wenig erhebendes Bild. Wenn das nun noch gedruckt herauskommt, so wird uns das nicht von Nutzen sein. Ich bitte deshalb, den Antrag abzulehnen.

Payer-Michendorf: Als Antragsteller bitte ich den Antrag, so wie er ist, anzunehmen. Der Zweck war, daß die Rede, die auf der geistigen Höhe stand, auf die der Parteitag durch diese Rede endlich mal gekommen ist, in der der Wille und der ganze Gedanke des deutschen arbeitenden Volkes zum Ausdruck gekommen ist und dem Volke Aufklärung über die Sozialisierungsfrage gegeben wird — daß diese Rede auch ins Volk hinauskommt. Wir wollen da keine Polemik anfügen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Als Vorsitzender muß ich gegen die Behauptung des Redners Einspruch erheben, als ob erst durch die Rede des Genossen Biffell bei aller Achtung vor ihrem Wert ein etwaiger sonstiger Tiefstand des Parteitages überwunden worden wäre. Dagegen lege ich den schärfsten Einspruch ein.

Der Antrag Payer-Michendorf wird abgelehnt.

Es liegt noch der Antrag 275 vor. Er wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind sämtliche Anträge zum Bericht der Fraktion erledigt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden nimmt der Parteitag nunmehr noch die beiden Referate zum Nächstem entgegen. Vorher wird noch das Resultat der Vorstandswahlen verkündet.

Wähler-Berlin: Bei der Wahl des Vorstandes wurden 376 gültige Stimmzettel abgegeben. Davon haben erhalten:

Hermann Müller 373, Otto Wels als Vorsitzende 291, Friedrich Bartels 374, Otto Braun als Kassierer 361, Scheidemann 352, Mollenhuth 372, Pfannkuch 369, Heinrich Schulz 347, Frau Juchacz 371, Adolf Ritter 372, Otto Frank 369, Frau Hned 358.

Diese Vorgenannten sind somit gewählt. Außerdem haben an Stimmen erhalten: Abbe 26, Hoch 16, Scholz-Meufälln 11, Biffell 8, Bernstein 8, Groger 6, Davidsohn 6, Käbler 4, Emmel 2, Schred 2, Bogel 2, Raizenstein 2, Genossin Grünberg 2, Je eine Stimme haben erhalten: Adolf Braun, Dießer, Nummer, Frau Ege, Weinschild, Müller-Gamburg, Richard Fischer und außerdem als Beisitzer, nicht als Sekretär oder als Vorsitzender oder als Kassierer: Wels 3, Martha Hoppe 4, Frau Käbler 2; je eine Stimme: Frau Rixe, Frau Reibe.

Bernstein, Pauline Grünberg, Sieting, Schmidt-Berlin, Frau Böhm-Schuch, Krähig und Schiller.

Bei der Wahl der Kontrollkommission wurden 351 Stimmen abgegeben. Davon waren ungültig 2, mithin gültige Stimmzettel 349. Es haben erhalten: Wühme 811, Drey 206, Pfleger-Stuttgart 818, Grünwald 810, Gengsbach 800, Rabe 815, Müller-Potsdam 801, Pirkau 804, Genosfin Grünberg 802. Diese neun Genossen sind gewählt.

Es haben weiter Stimmen erhalten: Vogel-Nürnberg 171, Diester 8, Ruggaber 2, und je eine Stimme: Emmel, Wels, Sibow, Laubadel, Schiller, König, Frau Dr. Boggscheider, Robert Schmidt, Birbig.

Räteystem und Reichsverfassung.

Berichterstatter Dr. Hugo Singheim: Parteigenossen! Ich kann mir denken, daß das Erholungsbedürfnis der Versammlung nach den Kämpfen des heutigen Tages groß ist. Vielleicht darf ich aber gerade deswegen hoffen, daß Sie den Ausführungen, die sachliche Fragen leidenschaftslos erörtern wollen, doch noch trotz der vorgerückten Zeit folgen werden. Es kommt heute nicht darauf an, alle Einzelheiten, die mit der Rätefrage zusammenhängen, zu behandeln. Es kann sich heute nur darum handeln, das Wesentliche zu erfassen und die Grundvorstellungen über das Räteystem zu entwickeln. Dies setzt voraus, daß wir die Rätebewegung, die in den letzten Monaten so mächtig angeschwollen ist, zunächst zu verstehen suchen.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß diese Bewegung eine künstliche Mache und eine äußerliche Nachahmung des russischen Beispiels sei. Die Rätebewegung hat in Wirklichkeit bestimmte innere Gründe und Quellen. Was sie ins Leben gerufen und ihr eine so weite Verbreitung gegeben hat, war in erster Linie eine gewisse Enttäuschung, die die Masse ergriff, nachdem die volle Demokratie errungen war. Die politischen Herrschaftsformen waren zusammengebrochen. Eine neue politische Demokratie war errichtet worden. Aber die Massen empfanden, daß trotz dieses Umstümpfens in politischer Beziehung ihr sozialer Lebensinhalt sich nicht gewandelt hatte. Der alte soziale Apparat war derselbe geblieben. Zu dieser Enttäuschung kam eine große Sehnsucht, die der Schauer über den Krieg und die Erregung der Revolution hervorgerufen hatten. Wie ein unabwehrbares Schicksal war der Krieg über die Welt dahingegritten und Millionen Menschen hatte er zerrissen. In der Hand dieser bunten Gewalt war der Mensch ein Akts, ein lebensloser Spielball geworden. Der Mensch bäumte sich auf gegen diese fürchterliche Menschenlosigkeit. Er fühlte im Innersten, daß er einen ungerichtbaren Selbstwert in sich trägt, daß die objektiven Gewalten des Lebens ihn nicht beherrschen sollen, daß er im Gegenteil dazu berufen ist, sie nach den Gesetzen der Vernunft zu beherrschen. Er will sein Leben selbst gestalten und eine neue Lebensordnung schaffen, in der der Mensch sich selbst gehört und nicht fremde Zwecke verbraucht wird. Die Kräfte, die das Lebensschicksal bestimmen, selbsttätig auf allen Gebieten in der Hand zu haben und zu lenken, ist der innerste Drang, der einen großen Teil der Masse bezieht, die dem Rätegedanken folgt.

Soweit diese Bewegung zu der Forderung nach der Errichtung einer Räte diktatur führt, lehnen wir sie ab. Das Wesen einer solchen Diktatur besteht darin, die politische Demokratie, die allen Staatsbürgern gleiches Recht gibt, zu ersetzen durch die Herrschaft einer Klasse, die sich zu diesem Zwecke besondere Herrschaftsorgane, nämlich die Räte, schafft. Eine solche Diktatur wäre nur durch Gewalt zu erreichen und nur durch Gewalt zu er-

halten. Man kann politische Revolutionen mit Gewalt durchführen, aber nicht eine soziale Revolution. Soziale Revolutionen zielen auf eine neue Wirtschaftsweise. Neue Wirtschaftswesen hängen aber nicht nur von Gesetzen ab, die man ändern kann, sondern von Wirtschaftstätigkeiten, die zu entwickeln sind. Solche Tätigkeiten können nicht das Werk der Gewalt, sondern nur das Ergebnis mühseliger organisatorischer Arbeit sein. Gewalt kann eine alte Wirtschaftsweise niederreißen, nicht eine neue Wirtschaftsweise aufbauen. Deswegen will die Sozialdemokratie den Sozialismus im Wege der Demokratie verwirklichen. Die Demokratie zwingt zur Auseinandersetzung mit allen gegnerischen Kräften. Dies führt zur kritischen Prüfung der eigenen Leistung, die nicht möglich wäre, wenn die Herrschaft einer Klasse durch Gewalt und Unterdrückung gesichert wäre. Die Demokratie läßt nur die Herrschaft der Mehrheit des Volkes zu. Dies zwingt dazu, die höchsten und besten Kräfte einzusetzen, um diese Mehrheit zu gewinnen. Eine Diktatur würde diese Kräfte nicht fördern, sondern ausschalten. Nur die Demokratie entwickelt deswegen wahrhaft die Mächte des Fortschritts und sichert sie. Gewiß ist eine „bürgerliche“ Demokratie eine Feindin des Sozialismus. Aber die bürgerliche Demokratie von heute kann die sozialistische Demokratie von morgen sein, wenn die Arbeiterklasse die Mehrheit errungen hat. Das Wirken der Demokratie hängt ab von den Mächten, die sie beherrschen. Die herrschende Macht der Zukunft wird die Arbeiterklasse sein. Die vielen Angriffe der letzten Zeit auf die Demokratie treffen nur eine historische Erscheinungsform der Demokratie, nicht das Wesen der Demokratie.

Wenn wir hiernach unbedingt an der Grundlage der politischen Demokratie festhalten, so dürfen wir doch nicht unkritisch in bezug auf die Leistungsfähigkeit der reinen politischen Demokratie sein. Ich will nicht sprechen von den persönlichen Herrschaftstendenzen, die sich auch in der vollsten politischen Demokratie entwickeln und dazu führen können, daß die Herrschaft des Volkes nur auf dem Papier steht, nicht aber zur tatsächlichen Wirklichkeit wird. Ich will auch davon nicht sprechen, daß eine Demokratie noch lange nicht gesichert ist, wenn ein demokratisches Recht besteht. Zu einer wahrhaften Demokratie gehört nicht nur eine demokratische Verfassung, sondern auch demokratischer Geist und demokratische Gesinnung. Wir schätzen, daß es den Deutschen gerade in diesem letzten Punkt noch sehr an wahrhafter Demokratie fehlt. (Bravo!) Daraufes es in diesem Zusammenhang allein ankommt, ist die Tatsache, daß auch in der vollkommensten politischen Demokratie, die wir rechtlich zweifellos haben, immer noch die Möglichkeit einer gefährlichen Spannung zwischen der Entwicklung der sozialen Verhältnisse und der politischen Ordnung vorhanden ist.

Die reine politische Demokratie kann auf die sozialen Verhältnisse nur durch Gesetz und staatliche Verwaltung einwirken. Beides aber ist unzureichend, um der sozialen Entwicklung so dienlich zu sein, wie wir es als Sozialdemokraten wünschen müssen. Die ganze Art des gesellschaftlichen Lebens, besonders des wirtschaftlichen Lebens, entzieht sich der nur staatlichen Behandlung. Das gesellschaftliche Leben ist zu differenzierter, als daß es befriedigend ausschließlich durch das staatliche Gesetz geregelt werden könnte, daß seinem Wesen nach viel zu schematisch, bürokratisch, allgemein und Starr ist. Der staatliche Eingriff kommt auch oft zu spät, weil die Staatsmaschine zu schwerfällig arbeitet. Deswegen stehen das Tempo der sozialen